

19. Oktober 2018/ bwvi19



VERKEHRSMINISTERKONFERENZ
HAMBURG 2017/2018

Verkehrsministerinnen und –minister tagen in Hamburg Letzte Verkehrsministerkonferenz unter Hamburger Vorsitz

Diskussionen und Beschlüsse u.a. zu Luftverkehr, Luftreinhaltung, Verkehrssicherheit, Digitalisierung, Schienen- und Radverkehr

Gestern und heute hat in Hamburg die diesjährige Herbst-Verkehrsministerkonferenz stattgefunden. Sie war die letzte Verkehrsministerkonferenz unter dem Vorsitz Hamburgs und wurde von Senator Frank Horch geleitet. Die Verkehrsministerinnen und –minister der Länder kamen zusammen, um sich zu aktuellen Verkehrsthemen zu beraten. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nahm als Gast teil und berichtete über die Maßnahmen des Bundes. Nach zwei Jahren geht mit dieser Abschlusskonferenz der Hamburger Vorsitz seinem Ende entgegen. Die saarländische Verkehrsministerin Anke Rehlinger übernimmt die folgende Amtsperiode von 2019 bis 2020.

Ein Schwerpunktthema war der **Luftverkehr**. Dabei tauschten sich die Ministerinnen und Minister vor allem über die Verspätungssituation der vergangenen Monate aus. Auf Initiative des Bundesverkehrsministers und Hamburgs als Vorsitzland der Verkehrsministerkonferenz hatten Bund, Länder, Fluggesellschaften, Flughäfen, Flugsicherungsorganisationen und Verbände bereits am 5. Oktober gemeinsam Maßnahmen vereinbart, um die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Luftverkehrs bei gleichzeitiger Gewährleistung des hohen Sicherheitsniveaus zu stärken. Die Ministerinnen und Minister forderten in ihrem Beschluss die zügige Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen und erwarten eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, damit Flüge wieder pünktlicher starten und landen. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung, dass der Bund einen größeren Anteil an den in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für die **Luftsicherheitskontrollen** übernimmt.

Die Ministerinnen und -minister sehen viele künftige Einsatzmöglichkeiten für Drohnen (**unbemannte Fluggeräte**). Sie begrüßen deren technische Weiterentwicklung und unterstreichen insbesondere die Bedeutung der Luftverkehrssicherheit und des Datenschutzes sowie der damit einhergehenden Erfordernis rechtlicher Rahmenbedingungen. Sie fordern von der Bundesregierung, die dringend benötigte Gesetzgebung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene voranzutreiben. Insbesondere weisen sie darauf hin, dass Gefahren für andere Nutzer des Luftraums und für die Allgemeinheit ausgeschlossen werden müssen sowie bestehende Nutzer nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Auch die **Luftreinhaltung** stand im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die Ministerinnen und Minister begrüßten das neue Konzept der Bundesregierung für saubere Luft. „Jetzt muss es um eine möglichst schnelle Umsetzung gehen. Bürgerinnen und Bürger, die auf einen Diesel-PKW angewiesen sind, haben ein Recht, zu erfahren, wie es mit ihrem Auto weitergeht. Die Autoindustrie trägt hier eine hohe Verantwortung“, erklärte Senator Horch. Die Ministerinnen und Minister forderten weitere Maßnahmen, um langfristig für nachhaltige Mobilität in Städten zu sorgen. Insbesondere sollen die Möglichkeiten zur **Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Luftreinhaltung** etwa um den Radverkehr ausgeweitet und verstetigt werden. Dabei und bei der Auswahl der Maßnahmen und Modellstädte sollten die Länder besser einbezogen werden. Senator Horch betonte: „Die Verkehrsministerkonferenz nimmt das Thema Luftreinhaltung sehr ernst. Dabei müssen wir alle Verkehrsmittel im Blick haben, also auch in der Schifffahrt Landstromanlagen und LNG-Nutzung fördern. Und für alle Städte geht es hier darum, den öffentlichen Nahverkehr und das Fahrradfahren attraktiver zu machen. Dazu muss der Bund seinen Beitrag leisten.“

Zudem wurde über die **Positionierung der Messstellen für Luftschadstoffe**, deren Daten der Anordnung von Fahrverboten zugrunde liegen, beraten.

Die Ministerinnen und Minister begrüßten die im September von der Bundesregierung gegründete **nationale Plattform „Zukunft der Mobilität“**, die in enger Zusammenarbeit mit Industrie und Wirtschaft Maßnahmen zum Klimaschutz erarbeiten soll. Die Verkehrsministerkonferenz betonte die Rolle der Länder und forderte, dass die Nationale Plattform schon bald erste Handlungsempfehlungen vorlegt.

Es wurden Beschlüsse sowohl zur weiteren **Digitalisierung im öffentlichen Personennahverkehr** als auch dazu gefasst, wie die Umsetzung vom **automatisierten und vernetzten Fahren** bis hin zum **autonomen Fahren** zukünftig aussehen kann. Senator Horch sagte dazu: „Der ITS-Weltkongress 2021 in Hamburg bietet der deutschen Industrie und Wissenschaft die Gelegenheit, vor der Weltöffentlichkeit ihre Stärken zu zeigen. Die Digitalisierung im Verkehrsbereich bietet hier zahlreiche Möglichkeiten: Von der weiteren Vernetzung zur besseren Anbindung in Randgebieten, über autonomes Fahren bis hin zur weiteren Barrierefreiheit des öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen mithilfe der Digitalisierung Effizienz und Sicherheit erhöhen und den Bürgern mehr Service bieten.“

Ein besonderes Anliegen der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer war die **Verkehrssicherheit**. Mit der „Aktion Abbiegeassistent“ sei bereits eine begrüßenswerte Initiative gestartet worden, die die Ausrüstung von Nutzfahrzeugen mit **Abbiegeassistenzsystemen** vorantreibt und so zu mehr Sicherheit gerade für Radfahrer im Straßenverkehr Sorge. Doch die Ministerinnen und Minister fordern vom Bund weitere Schritte. Als Übergangslösung bis zu EU-weiten, verbindlichen Regelungen könnte eine Grundsatzvereinbarung zwischen Bund und Unternehmen dazu dienen, den Handlungswillen der Beteiligten noch zu bekräftigen. Der Bund soll sich zudem für ein rasches Inkrafttreten der EU-Ausrüstungspflicht einsetzen. Weitere Themen im Bereich Verkehrssicherheit waren die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“, die Verkehrssicherheit von Fahnanfängerinnen und -anfängern, sowie **Notbrems-Assistenten**.

Im Bereich des **Schieneverkehrs** ging es den Ministerinnen und Ministern um **Verspätungen** und Störungen durch schlechtes Wetter. Aber auch Barrierefreiheit und Digitalisierungsthemen wie die **Mobilfunkversorgung für Bahnstrecken** und die Verbesserung der **Fahrgastinformation** besprachen die Konferenzteilnehmer. Senator Horch sagte dazu: „Der Schienenverkehr hat mit seinen derzeit gravierenden Lücken bei der Versorgung mit Mobilfunk auf den Bahnstrecken einen deutlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Verkehrsträger Straße. Das ist nicht zeitgemäß und passt auch nicht zu dem Ziel, Anreize für den Einzelnen zu schaffen, vom Auto auf Bus

und Bahn umzusteigen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf“. Neben der **Anpassung der Bahnsteighöhen** sind Fahrgastinformationen ein wichtiger Baustein bei der Barrierefreiheit. Die Ministerinnen- und Minister forderten den Bund auf, ausreichend finanzielle Mittel für Maßnahmen auch im Bahnhofsumfeld bereitzustellen. Insbesondere kleine Bahnhöfe sollen mit ausreichender Infrastruktur wie z.B. Bushaltestellen mit Wetterschutz, Anlagen für Park & Ride und Bike & Ride, aber auch Sitz- und Aufenthaltsbereiche ausgestattet werden. Grundsätzlich sollen nach Auffassung der Konferenz alle Bahnhöfe gefördert werden können.

Erneut stand auch das Thema **Radverkehr** auf der Tagesordnung. Die Ministerinnen und Minister begrüßten die fahrradgerechte Novellierung der **Straßenverkehrsordnung**, unterstrichen aber auch, dass sie die Prüfung weiterer Änderungen für wichtig halten. Diese Prüfungen beziehen sich beispielweise auf Änderungen bezüglich des Sicherheitsabstands, des Nebeneinanderfahrens und Abbiegeunfälle. „Es ist der richtige Weg, auf kurzen Strecken öfter aufs Rad zu steigen. Die Sicherheit im Straßenverkehr ist dabei aber von entscheidender Bedeutung“, bekräftigte Senator Horch.

Ausführlich beraten hat die Verkehrsministerkonferenz zudem die Reform der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen, die nun mit der im September erfolgten Gründung der Infrastrukturgesellschaft Autobahn weiter voranschreitet. Die Ministerinnen und Minister stimmten sich auch zum Carsharing ab.

Es wurden außerdem Beschlüsse mit den Themen Binnenschifffahrt, Planungsbeschleunigung, Elektrifizierung der Schiene und zum Mopedführerschein mit 15 abgestimmt.

Den **Vorsitz für die kommende Amtszeit 2019/2020** übernimmt die saarländische Verkehrsministerin, Anke Rehlinger. Ihr Vertreter wird Dr. Joachim Lohse, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen.

Rückfragen der Medien

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Pressestelle | Christian Földner

Tel: (040) 428 41-1326 | pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi/ / Folgen Sie uns auf Twitter: @HH_BWVI und Instagram: @hh_bwvi